



<b>Beschlussvorlage</b> <b>2014/251</b>	Referat	Kommunalreferat
	Abteilung	Abt. 10, Kommunalreferat
	Verfasser(in)	

Gremium	Termin	Vorlagenstatus
<b>Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration</b>	<b>04.11.2014</b>	<b>öffentlich</b>

**Schaffung einer Stelle zur Betreuung und Unterstützung der im Asylbereich tätigen Ehrenamtlichen im Stadtgebiet Friedberg und personelle Regelung im Rahmen des Integrationskonzepts**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stelle zur Betreuung und Unterstützung der im Asylbereich tätigen Ehrenamtlichen auszuschreiben und mit einem/einer Verwaltungsangestellten in Entgeltgruppe 6 mit 15 Wochenstunden zu besetzen.
2. Die Stelle wird um weitere 15 Wochenstunden aufgestockt zur Fortführung der bisherigen Integrationsarbeit.

**Alternative:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, eine freiberufliche Beraterin auf Honorarbasis (15.000 € jährlich) mit der Integrationsarbeit auf Grundlage des Integrationskonzepts für Friedberg zu beauftragen.

3. Diese Stellen sind nicht auf das beschlossene Personalkonzept für die Innere Verwaltung anzurechnen.

<b>anwesend:</b>	<b>für den Beschluss:</b>	<b>gegen den Beschluss:</b>
------------------	---------------------------	-----------------------------



## **Sachverhalt:**

### **1. Asylbereich**

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum städtischen Haushalt 2014 stellte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat den Antrag, für die Einrichtung einer sozialpädagogischen Stelle mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden zur Betreuung der Asylsuchenden und der Unterstützung der ehrenamtlichen HelferInnen einen Betrag in Höhe von 18.000 € in den Verwaltungshaushalt 2014 einzustellen. Der Stadtrat übernahm den Antrag und stellte die Mittel in 2014 ein, ohne eine inhaltliche Diskussion hierüber zu führen.

Bei der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden handelt es sich um eine staatliche Aufgabe, die dem Landkreis Aichach-Friedberg und der Regierung von Schwaben obliegt. Der Landkreis Aichach-Friedberg bedient sich dabei seit geraumer Zeit der fachlichen Kompetenz und dem Netzwerk des Caritasverbandes e.V. im Landkreis Aichach-Friedberg. Er hat bisher die Kosten von 1,5 Vollstellen beim Caritasverband übernommen. Daher ist in der Stadtverwaltung der Gedanke gewachsen, diese Stelle nicht in der Stadtverwaltung anzusiedeln, sondern an geeignete Wohlfahrtsverbände outzusourcen. Diese Überlegungen wurden in einer Sitzungsvorlage des Finanzreferates am 31.07.2014 dem Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration vorgelegt.

In diesem Zusammenhang hat jedoch der Landkreis Aichach-Friedberg darauf hingewiesen, dass mit einem derartigen Beschluss die staatliche Förderung des Landkreises für die Asylsozialberatung gefährdet sei. Nach der Asylsozialberatungsrichtlinie würde eine Förderung entfallen, wenn anderweitige Mittel zur Verfügung gestellt würden. Hätte die Stadt also Mittel zur Betreuung von Asylsuchenden zur Verfügung gestellt, würde eine Kürzung beim Landkreis wegen einer sogenannten Mehrfachförderung drohen. Der Landkreis hat daher dringend gebeten, von der Ausgestaltung einer solchen Stelle abzusehen. Förderunschädlich seien dagegen die Unterstützung der im Asylbereich tätigen Ehrenamtlichen sowie die Unterstützung der anerkannten Asylbewerber.

Auf den einstimmig gefassten Beschluss des Ausschusses für Soziales, Bildung und Integration vom 31.07.2014 wird verwiesen, wonach die Verwaltung beauftragt wurde, entsprechend dem mündlichen Sachvortrag weiter zu verhandeln und dem Ausschuss ein konkretes Angebot vorzulegen.

Hieraus folgernd wird die Schaffung einer weiteren Stelle bei einem Wohlfahrtsverband wie z.B. des Caritasverbandes nicht mehr weiter verfolgt. Stattdessen wird vorgeschlagen eine zusätzliche Stelle in der Verwaltung anzusiedeln.

Die Aufgabe dieser Stelle definiert sich mit der Betreuung und Unterstützung der im Asylbereich tätigen Ehrenamtlichen. Von hier aus soll die Arbeit der Ehrenamtlichen koordiniert werden. Es werden ein Ansprechpartner und ein Bindeglied zwischen Ehrenamtlichen, Ausländerbehörde und der Stadtverwaltung geschaffen. Es können hier Fachwissen und Informationen über die Ehrenamtsarbeit und über Veranstaltungen gesammelt werden. Schließlich ist geplant, Asylbewerber, die ein Bleiberecht erhalten haben, bzw. Ehrenamtliche, die diese Personen unterstützen, bei Wohnungssuche, Ausfüllen von Anträgen auf Leistungen beim Jobcenter, Krankenkasse usw. zu beraten.



Da es sich dabei vor allem um organisatorische Fragen und Unterstützung in Verwaltungsverfahren handelt, wird in Abstimmung mit dem Landratsamt vorgeschlagen, diese Stelle mit einem Verwaltungsfachmann/-frau zu besetzen. Die Stelle würde in der Abteilung 12 angesiedelt werden, in dem der Bereich Soziales als Aufgabe angesiedelt ist, allerdings bislang rechnerisch lediglich mit 6 Wochenstunden in der Abteilung besetzt ist.

## **2. Integrationsarbeit**

Im Sommer 2014 hat die freiberufliche Beraterin der Stadtverwaltung, Frau Claudia Gerwing, ihre mehrjährige Zusammenarbeit mit der Stadt zum Thema „Integrationsarbeit in Friedberg“ aus persönlichen Gründen beendet. Frau Claudia Gerwing ist Diplomtheologin mit Erfahrung im interreligiösen Dialog. Zudem hat sie eine Zusatzausbildung „interkulturelle Kompetenz“ mit Masterabschluss.

Die Verwaltung schlägt vor, die Beraterstelle wieder zu besetzen. Für die Stelle sind mindestens Grundkenntnisse in interkultureller und interreligiöser Kompetenz sowie in der Integrationsarbeit erforderlich.

Frau Gerwing hat nach der Beauftragung durch den Kultur- und Sportausschuss am 12.11.2009 zunächst eine Bestandsaufnahme zur Integrationsarbeit in Friedberg gemacht und dann ein Integrationskonzept entwickelt. Am 7.7.2011 wurde sie mit der Umsetzung des Konzeptes betraut. Seit dieser Zeit hat sie Veranstaltungen und Projekte organisiert und Kommunikationsstrukturen geschaffen. Unterstützt wurde sie von einem mehrmals einberufenen Integrationsteam. Dieses setzt sich zusammen aus Friedberger Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Herkunft sowie Vertretern von Institutionen und der Stadtverwaltung.

In den vergangenen Haushaltsjahren waren für diese personellen Beratungskosten jeweils knapp 15.000 Euro veranschlagt.

## **3. Zusammenfassung**

Bei der Integrationsarbeit gilt es die Entscheidung zu treffen, ob erneut eine externe Beraterin auf Honorarbasis beauftragt wird oder ob hierfür eine Stelle mit 15 Wochenstunden hierfür bei der Stadt eingerichtet wird. Um Synergien zu schaffen und die Stelle attraktiver zu gestalten, können die beiden Bereiche auf einer Stelle mit 30 Wochenstunden zusammengefasst werden. Beide Aufgaben erfordern Zusatzqualifikationen, die aller Voraussicht nach im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen erworben werden müssen.